Ressort: Finanzen

Beschäftigte im öffentlichen Dienst beklagen psychische Belastung

Berlin, 14.03.2018, 12:29 Uhr

GDN - Jeder zweite Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen beklagt wachsende psychische Belastung im Job. Das geht aus der Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsabgeordneten Susanne Ferschl hervor, über die das "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (RND/Donnerstagausgaben) berichtet.

Das Ministerium verweist auf entsprechende Befragungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Dabei gaben 49,9 Prozent der befragten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes an, dass Stress und Arbeitsdruck zugenommen hätten. Jeweils fast 50 Prozent antworteten, dass sie häufig Termin- oder Leistungsdruck ausgesetzt seien, beziehungsweise "sehr schnell" arbeiten müssten. Laut Bundesarbeitsministerium sind besonders die Beschäftigten in medizinischen Gesundheitsberufen betroffen. Darüber hinaus nehmen die Fehlzeiten zu. So stieg in der unmittelbaren Bundesverwaltung die – auf den demografischen Durchschnitt bereinigte – Abwesenheitsquote zwischen 2007 und 2016 von 5,45 auf 7,59 Prozent. Zum Vergleich: In der Gesamtwirtschaft waren es 2016 den Angaben zufolge 5,3 Prozent. Linken-Arbeitsmarktexpertin Susanne Ferschl forderte bessere Arbeitsbedingungen für die Betroffenen. "Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst verdienen für ihre Arbeit deutlich mehr Wertschätzung als sie derzeit bekommen", sagte Ferschl dem RND. "Personalmangel macht krank. Hier muss sich etwas ändern." Mit der Befristung von Arbeitsverträgen würden die Rechte von Arbeitnehmern ausgehebelt. "Eine Lebensplanung, gerade bei jungen Leuten ist dadurch nicht möglich", so die Linken-Politikerin weiter. Laut Bundesregierung lag der Anteil befristeter Verträge bei den Neueinstellungen im öffentlichen Dienst 2016 bei 58 Prozent, was 90.000 Arbeitsverhältnissen entspricht. Im öffentlichen Dienst waren 2017 bundesweit rund vier Millionen Menschen beschäftigt – 1,4 Prozent mehr als im Jahr 2000. Hinter diesen Zahlen verbergen sich jedoch unterschiedliche Entwicklungen: So war die Personalentwicklung in den neuen Ländern stark rückläufig. Dort sank die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zwischen 2000 und 2016 um 21,7 Prozent auf 693.200.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-103323/beschaeftigte-im-oeffentlichen-dienst-beklagen-psychische-belastung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com